

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Antrag und Anfrage

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

CDU-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Schließung von Haupt- und Werkrealschulstandorten – Konsequenzen einer falschen Bildungspolitik

Die Schließung von Schulstandorten ist eine der schwierigsten Entscheidungen im bildungspolitischen Bereich. Egal ob auf dem flachen Land oder in der Großstadt, wie hier in Stuttgart, jeder Stadtbezirk möchte Schulstandort für Haupt- und Werkrealschule bleiben.

Die Entscheidung der grün-roten Landesregierung, die verbindliche Grundschulempfehlung abzuschaffen, hat dazu geführt, dass die Schülerzahlen an diesen Schularten dramatisch zurückgegangen sind und die Eltern ihre Kinder entweder für die Realschule oder für das Gymnasium anmelden. Häufig steht hier nicht das Kindeswohl im Vordergrund.

Wir wissen um die Stärken und das jeweils erarbeitete Profil unserer Haupt- und Werkrealschulen – deshalb ist es sehr bedauerlich, dass aufgrund der grün-roten Bildungspolitik immer mehr dieser Schulen sich gezwungen sehen, den Weg der Umwandlung in eine Gesamtschule zu gehen, wenn sie nicht ihre Türen schließen wollen. Leider gehen auf diese Weise die spezifischen und über die Jahre erarbeiteten Profile mit all den dazugehörigen Kompetenzen zum Teil verloren. Dass bei der Auswahl der Schulen, die zur Schließung vorgesehen sind, das Qualitätsniveau und sonstige Merkmale der einzelnen Schulen unberücksichtigt blieben, bedauern wir.

In der Gemeinschaftsschule sehen die einzelnen Schulen noch eine Möglichkeit, ihren Standort zu sichern, obwohl diese Schulart ohne schlüssiges Konzept und ohne klares Ziel eingeführt wurde. Einzig eine bessere Lehrerversorgung steht mit der Einführung fest. Diese Ressourcenbereitstellung wird von den Schulen gern angenommen, da die seither versprochene bessere Personalausstattung durch das Land an den anderen Schulen nicht umgesetzt wird. Es werden sogar Lehrerstellen gestrichen, obwohl die Herausforderungen und Erwartungen an die Schulen immer größer werden.

Wo in diesen Fragen unser berufliches Schulwesen bleibt, ist noch offen, obwohl 40% aller Abiturienten ihren Abschluss an einem beruflichen Gymnasium machen.

In der GRDRs 902/2012 schlägt die Verwaltung die Schließung von 18 der 32 Werkrealschulstandorte vor. In den heute zur Verfügung stehenden Eingangsklassen könnten bis zu 1.740 Schüler unterrichtet werden, die derzeitigen Schülerzahlen belaufen sich auf nur noch 489 Schüler/innen in den Eingangsklassen, das sind 376 weniger als im vergangenen Jahr. Somit ergibt sich aus dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung die bedauerliche Konsequenz, dass Schulschließungen

unumgänglich sind. Umso wichtiger ist es deshalb, an den verbleibenden Schulstandorten die pädagogisch erfolgreiche und qualitativ gute Arbeit auch für die Zukunft sicherzustellen.

Wir beantragen:

Die Verwaltung nimmt im Verwaltungsausschuss zu folgenden Fragen und Aussagen Stellung:

1. An Schulstandorten wie in Birkach, Mühlhausen, Ost, Plieningen, Stammheim, Untertürkheim, Nord und West bestehen Überlegungen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule (siehe Voten der Bezirksbeiräte). Würden die geplanten Umwandlungen die Schulstandorte retten bzw. vor Schließungen bewahren?
2. Um die Entscheidungen in den genannten Stadtbezirken entsprechend fundiert vorbereiten zu können, soll der Aufnahmestopp der betroffenen Schulen aufgehoben werden.
3. In Möhringen besteht der Wunsch nach einer Gemeinschaftsschule, aber mit Einrichtung eines sozialwissenschaftlichen Gymnasiums am Standort der Anne-Frank-Realschule. Diesen Vorschlag unterstützen wir und bitten um Klärung, ob dies auf die Schließung der Riedsee-Schule Einfluss hat.
4. In Bad Cannstatt soll der Standort der Schillerschule erhalten bleiben, zumal die Lage im Stadtbezirk sehr zentral ist.
5. In Degerloch und Süd besteht komplette Ablehnung der Vorschläge der Verwaltung seitens der Bezirksbeiräte. Welche Konsequenzen zieht die Verwaltung daraus?
6. Im Süden soll die Lerchenrainschule erhalten bleiben. Gerade diese Schule ist vorbildlich für ihre Zusammenarbeit mit zahlreichen Unternehmen im Bereich Übergang Schule zur Ausbildung. Wir begrüßen den begründeten Vorschlag der Verwaltung auf Erhalt der Schule.



Alexander Kotz
Fraktionsvorsitzender



Iris Ripsam
stv. Fraktionsvorsitzende



Fred-Jürgen Stradinger
stv. Fraktionsvorsitzender